

Er erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 12 :. 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b :. Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 21. März 1913

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Der Tarifvertrag im Sattler- und Portefeullegewerbe. — Heimarbeit und Organisation. — Der Gau Offenbach im Jahre 1912 I. — Arbeiten, nicht nörgeln! — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — In unsere Korrespondenzen. — Korrespondenzen. — Aus den anderen Organisationen. — Soziales. — Mundschau. — Internationale Vereinigung der Sattler und verwandten Berufs-genossen. — Bekanntmachung der Tariff Kommission. — Bücher-schau. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Ver-sammlungsstatender. — Anzeigen. — Abrechnung der Buchbindebasse.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 23. bis 29. März ist
der 18. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen sind wir nicht
in der Lage, alle zurzeit beim Zentralvorstand
gemeldeten Lohnbewegungen an dieser Stelle
anzuzeigen bzw. vor Zugang zu warnen. Des-
halb werden die Kollegen in ihrem eigensten
Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in an-
deren Städten sich zuvor bei der dortigen Orts-
verwaltung zu erkundigen.

Apsolda. Die Arbeiter der Autowerke
„Apollo“ sind ausgesperrt.

Berlin. Die Arbeiter der Treibriemen-
branche befinden sich in 5 Betrieben im Streik.

Bremen. Die Sattler der Wagen-, Ge-
schirr- und Treibriemenbranche haben den
Unternehmern Forderungen in bezug auf Lohn-
erhöhung und Arbeitszeitverkürzung gestellt.
Bis zur Erledigung dieser Bewegung ist jeder
Zugang streng fernzuhalten.

Heilbronn. Wegen Tarifbewegung in
der Autoindustrie ist jeder Zugang von Auto-
sattlern zu vermeiden.

Leipzig. Die Wagen-sattler befinden sich
in einer Lohnbewegung.

Nürnberg. Der Streik in den Treib-
riemenfabriken ist mit Erfolg beendet.

Offenbach a. M. Die Firma Maury
ist für Militärsattler gesperrt.

Der Tarifvertrag im Sattler- und Portefeullegewerbe.

P. B. Unseren Mitgliedern wird noch be-
kannt sein, daß der Münchener Verbandsstag
im Vorjahre den Beschluß faßte, unsere abge-
schlossenen Verträge mit dem Jahresbericht zu
veröffentlichen. Dieser Beschluß ist jetzt praktisch
ausgeführt worden, wenn auch in etwas anderer
Form. Im Laufe dieser Woche wurde unseren
Verwaltungsstellen für die Funktionäre eine

neue Broschüre zugestellt, die sich als ein Sam-
melwerk aller in unserem Beruf bestehenden
Tarifverträge repräsentiert.

Bei der Bearbeitung unserer Verträge auf
Inhalt und Umfang ergab sich die Tatsache, daß
eine Reihe von Abschlüssen, die nur für einzelne
Firmen abgeschlossen waren, für die Allgemei-
heit doch von größerem Wert sind und sich des-
halb die Drucklegung aller Verträge empfehle.
Nicht veröffentlicht wurden die Tarifverträge,
welche bis zum 1. Juli d. J. ablaufen und zu
einem größeren Teile auch gekündigt sind.

Im Anfang des Jahres nahm die „Deutsche
Sattler-Ztg.“, die im Verlag von Berg u. Schöck
erscheint, Stellung zu den von uns abgeschlosse-
nen Verträgen auf Grund der Veröffentlichun-
gen des Reichsstatistischen Amtes. Weil bekann-
tlich dieses Arbeitgeberorgan, anscheinend grund-
sätzlich, auf eine Polemik nicht eingeht, unter-
ließen wir es, auf die falschen Schlüsfolgerun-
gen hinzuweisen, die dieses Organ in bezug auf
den Umfang unserer Verträge zog. Die
„Grüne“, wie wir sie kurz bezeichnen, glaubte
an der Zahl der erfaßten Betriebe und Personen
starke Zweifel auszudrücken und meinte, daß
eine größere Anzahl Doppelsählungen vorlägen.
Aus der soeben veröffentlichten Arbeit werden
die Unternehmer aber ersehen, daß in der Tat
der Umfang unserer Verträge den bereits früher
bekanntgegebenen Zahlen vollinhaltlich ent-
spricht.

Wir glaubten aber auch die Gelegen-
heit nicht veräumen zu dürfen, uns über den wich-
tigsten Inhalt unserer Verträge eingehend zu
informieren. Zu diesem Zwecke haben wir noch
eine besondere Abhandlung geschrieben und die
wichtigsten Materien der einzelnen Verträge
durchgebrochen.

Nach der Zusammenstellung bestanden am
1. Januar 1913 in unserem Berufe 70 Verträge,
welche sich über 734 Betriebe verteilten, in denen
12 358 Personen unseres Gewerbes beschäftigt
wurden und von denen 8526 unserer Organisa-
tion angehörten. Es kommen hier noch eine
kleine Anzahl von Personen in Frage, welche
anderen Organisationen angehören, die sich aber
insgesamt höchstens, und inklusive der Christ-
lichen, auf 400 belaufen wird. Demzufolge ge-
nießen noch 3500 Personen mit an den Errungen-
schaften unserer Organisation, ohne sich in
irgendeiner Weise zu engagieren. Es wird das
Bestreben unseres Verbandes sein müssen, diese
Differenz möglichst zu verringern. Am stärksten
ist an diesem Mißverhältnis das Offenbacher
Gebiet interessiert, was am besten aus der Zu-
sammenstellung über die Verbreitung der Tarif-
verträge hervorgeht. Der Gau Offenbach, der
Sitz der Lederverwarenindustrie, umfaßt 6 Ver-
träge für 222 Betriebe mit 6494 Beschäftigten,
von denen nur 3954 bei uns organisiert sind.

In Berlin sind 291 Betriebe mit 3612 be-
schäftigten Personen (2774 organisiert) 15 Ver-

trägen unterstellt. Auch in Süddeutschland hat
der Tarifvertrag, insbesondere aber in Mün-
chen, eine dominierende Stellung. Den Haupt-
anteil der vertraglich geregelten Betriebe stellt
die Lederverwarenbranche mit ihrem Vierstädte-
tarif und arbeiten 9862 Personen oder 6583
Mitglieder unserer Organisation unter diesem
Einheitstarif. Die Militärbranche hat im leb-
ten Jahre auf diesem Gebiete ungemein viel
nachgeholt und stehen zurzeit alle Hauptindu-
strierte unter Vertrag. Der Umfang der von
Tarifverträgen erfaßten Personen ist also in
unserem Beruf ein ganz stattlicher und dürfen
wir mit diesem bisher erzielten Ergebnis zu-
frieden sein.

Noch einige Worte zu dem Inhalt der Ver-
träge. Eine vollständige Rekapitulation dieser
Ergebnisse an dieser Stelle ist nicht gut mög-
lich und untaktisch. Es werden in dem vor-
liegenden Werke eine Reihe Fingerzeige gegeben,
wie man beim Abschluß von Tarifverträgen in
vielen Fällen nicht zu verfahren hat. Die
Form, die allgemeine Anordnung lassen zu wün-
schen übrig.

Aus einer Zusammenstellung der wichtigsten
Materien ist ersichtlich, wie in den einzelnen
Branchen und in Betrieben die verschiedensten
Bestimmungen bereits eingeführt sind oder
nicht. So ist allgemein die Schaffung von Kom-
missionen zur Schlichtung von Streitigkeiten
vorgesehen, am besten sind derartige Institu-
tionen in der Lederverwarenbranche durchgeführt.
Die Lohngarantie bei Affordlohn ist ebenfalls
in der Lederverwarenindustrie gut, dagegen in den
anderen Branchen schlecht durchgeführt, ob-
schon auch hier vielfach die Form des Stücklohnes
ausschlaggebend ist. Die Benutzung des Arbeits-
nachweises unserer Organisation ist vielfach in
den Verträgen vorgesehen, und zwar für 552
Betriebe. Eine Regelung des Lehrlingswesens
ist nur in dem Vierstädte-tarif enthalten, in den
anderen Tarifverträgen hat bis jetzt eine der-
artige Bestimmung nicht Aufnahme finden
können. Auf dem Gebiete des Verbotes resp.
der Einschränkung der Heimarbeit sind für 477
Betriebe mit 10 265 Personen Bestimmungen
getroffen, also ein ganz respektable Fortschritt,
woraan hauptsächlich die Lederverwaren- und die
Militäreffektenbranche beteiligt ist.

Inbesondere werden die Ergebnisse über
die in unserem Beruf tatsächlich vorhandenen
Arbeitszeiten interessieren und ist die vor-
liegende Zusammenstellung das beste bis jetzt
vorliegende Material. Der Neunstundentag ist
fast restlos in unseren Verträgen durchgeführt
und kommen von den 734 Betrieben nur 55 mit
691 Personen in Frage, wo die Arbeitszeit eine
längere ist; dabei aber nur 2 Betriebe mit 34
Personen mit einer 10stündigen Arbeitszeit.
Ferner ist als sehr wesentlicher Faktor dabei zu
berücksichtigen, daß in 198 Betrieben (hauptsäch-
lich Berliner) mit 2357 Personen die 52stündige

Arbeitswoche und in 258 Betrieben mit 5123 Personen die 53stündige Arbeitszeit eingeführt ist. Also weit über die Hälfte der Verträge respektive der Betriebe und Personen haben eine kürzere Arbeitszeit als die 53stündige respektive den Neunstundentag. Selbstverständlich kommt diese Kürzung fast nur dem Sonnabend zu gute. In der Arbeitszeit schneidet die Wagenbranche am schlechtesten und die Lederwarenindustrie am besten ab. In der Wagenbauindustrie herrscht noch vielfach eine Arbeitszeit über 54 bis 57 Stunden, nur Berlin und München machen hierin seltene Ausnahmen. Ueber die Löhne läßt sich infolge der großen Zerplitterung unserer Industrie in die verschiedenartigsten Gewerbegruppen ein einheitliches Bild nicht geben. Alle möglichen Produktionsformen bedingen auch die verschiedensten Lohnformen. Das Bestreben, gewisse Minimallöhne festzusetzen, macht sich überall bemerkbar und ist auch gut so. Je mehr die Minimumgrenzen festgelegt werden, je eher kann einer gesunden Lohnpolitik zum Durchbruch verholfen werden. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Minimal- nicht zu Maximal-löhnen ausarten. Eine Regelung der Afford-löhne resp. die Einführung bestimmter Afford-listen für die Dauer des Vertrages, ist hauptsächlich in der Militärindustrie mit Sorafall durchgeführt. In den anderen Branchen sind derartige Tarife nur Einzelerscheinungen. Die Bezahlung von gewissen Zuschlägen bei Ueberstunden, Montagarbeiten und dergleichen ist verhältnismäßig gut durchgeführt.

Die vorliegende Arbeit wird nun durch die ständige und nie rastende Tätigkeit auf diesem Gebiete immerzu ergänzt werden und können wir solches Sammelwerk aller Verträge nur immer in einem Zwischenraume von einigen Jahren herausgeben. Inzwischen werden die Abdrücke eines jeden Geschäftsjahres gesondert herausgegeben werden. So werden unsere Funktionäre in den Besitz eines vollständigen Handbuchs unserer Tarifverträge gelangen, das ihnen bei aufmerksamen Studium und bei Beachtung der hier erteilten Ratsschläge ein ständiger Berater auf diesem Gebiete sein wird. Wir dürfen dieses Büchlein unseren Mitarbeitern mit dem Bewußtsein übergeben, daß das hierin zusammengetragene Material bei geschickter Ausnützung unseren agitatorisch tätigen Kollegen eine wirksame Stütze sein wird. Die möglichste Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder ist die Lebensaufgabe unserer Organisation und bietet das vorliegende Werk den besten Spiegel, was wir auf diesem Gebiete in jahrelanger, aufbauender Tätigkeit bis jetzt geleistet haben.

Heimarbeiter und Organisation.

Die gewerkschaftliche Organisation und Erziehung der in der Heimindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bleibt trotz aller Erfolge auf diesem Gebiete ein Problem, das im Interesse der Gesamtarbeiterschaft noch immer seiner Lösung harret. Wohl war es möglich, mehrere hunderttausend Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen den freien Gewerkschaften als Mitglieder zuzuführen, aber, und das darf nicht verschwiegen werden, eine fast unüberwindliche Arbeit ist es, sie dauernd daran zu fesseln und sie zur ernsthaften Betätigung von Solidarität und Disziplin zu erziehen. Es ist eben eine leidige Tatsache, daß die Agitationsarbeit immer wieder von neuem begonnen werden muß. Je weniger das Moment einer Lohnbewegung dabei eine Rolle spielt oder spielen kann, desto geringer ist der Erfolg. Die Stellung von Lohnforderungen ist, trotz aller Unterstützungseinrichtungen und trotz aller noch zu erledigenden sozialpolitischen Aufgaben, das beste Mittel, die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen zu einer festen Masse zusammenzuschließen. Wo dieses Moment fehlt oder wo durch tarifliche Abmachungen die Arbeitsverhältnisse geregelt wurden, fallen die Heimarbeiter in ihre alte Letzargie zurück, aus der sie erst wieder der Alarm für eine bevorstehende Lohnbewegung weckt. Sie halten die Organisation, den Ver-

band, für eine Einrichtung, die sie für alles mögliche und unmögliche verantwortlich machen können, ohne sich darüber im klaren zu sein, daß ein Verband die Zusammenfassung aller Berufsgenossen ist und nur mit ihnen irgend etwas erreicht oder verläßt werden kann.

Es wäre nun mehr als verfehlt, mangel-schränkt zu behaupten, an diesem beklagenswerten Zustand sind die Heimarbeiter allein schuld, und daraus resultieren zu wollen, die Heimarbeiter sind zu bekämpfen oder alle Heimarbeiter sind zu zwingen, Fabrikarbeiter zu werden. Es liegt eben noch nicht in der Macht der Gewerkschaften, mit dem Heimarbeiter-system tabula rasa zu machen. Darum müssen alle Gewerkschaftler es sich angelegen sein lassen, sich dieser schwebbedürftigen Arbeiterkategorie anzunehmen. Damit vertreten sie nicht allein die Interessen dieser Arbeiterkategorie, sondern zum guten Teil auch ihre eigenen. Wehe den in Fabriken oder Werkstätten Beschäftigten, die da glauben, sich nun um ihre heimarbeitenden Berufsgenossen nicht kümmern zu brauchen, sie würden den Unternehmen damit einen nicht zu bezahlenden Gefallen erweisen.

Somit die Lederwarenindustrie in Betracht kommt, ist es ja noch nicht allzulange her, wo die Fabrikanten ohne Ausnahme bei Festsetzung von Arbeitslöhnen stets den Werkstattarbeitern erklärten: „Wenn Sie den Artikel nicht für den Preis anfertigen wollen, dann gebe ich ihn außer dem Hause.“ Ja, trotz der tariflichen Bestimmung, wonach für gleiche Artikel derselbe Lohn den Heimarbeitern wie den Werkstattarbeitern gezahlt werden muß, kommt es doch sehr oft vor, daß für die Heimarbeit besondere Artikel repariert und die Löhne dann den Werkstattarbeitern auflackert werden. Diese offenkundige Unwesenheit hat schon vielfach die beiden Arbeiterkategorien entzweit und ist geeignet, die vorhandene Kluft zum Vorteil der Unternehmer noch zu erweitern. Wir haben also Ursache genug, den Dingen nachzugehen und zu prüfen, wie diese Mißstände zu beseitigen sind. Ehe dies nicht der Fall ist, werden noch so günstig verlaufene Lohnbewegungen und noch so hohe Arbeitslohnfestsetzungen den gewollten Zweck verfehlen und nach kurzer Dauer in ein Nichts zerrinnen. Die Erfahrung hat auch gelehrt, daß, wo eine Verständigung zwischen Heim- und Werkstattarbeitern nicht stattfindet, die Löhne, trotz der Lebensmittelerhöhung, niedriger statt höher werden.

Die Heimarbeit ist eine alte Produktionsform und wird erst mit der technischen Entwicklung verschwinden. Das heißt, ermöglicht die Maschinenarbeit dem Kapitalismus billiger als wie Heimarbeit zu produzieren, so wird er ohne Gnade und Barmherzigkeit sich die Technik zunutze machen, gleichgültig, ob der Heimarbeiter dabei zugrunde geht, oder, ob sein körperlicher Zustand es erlaubt, einen anderen Beruf zu ergreifen. Solange aber Menschenhände billiger als wie der eiserne Gefelle zu schaffen vermögen, solange wird der Unternehmer dem „armen Heimarbeiter Lohn und Brot geben, um ihn so vor Hunger und Not zu schützen“. Dieses Zitat beweist uns, mit welcher Frivolität Kapitalisten es verstehen, ihre Profitgier in human klingende Phrasen zu kleiden.

Die Richtigkeit dieser unbestrittenen Tatsachen, läßt es verfehlt erscheinen, den Heimarbeitern Kampf bis aufs Messer anzulassen. Im Gegenteil. Wir dürfen nichts unversucht lassen, alle Arbeiter eines Berufes zum einheitlichen Handeln zusammenzuführen. In diesem Zwecke ist es nicht müßig, sich einmal in den Seelenzustand der Heimarbeiter zu versetzen und mit dem der Werkstattarbeiter zu vergleichen.

Der Heimarbeiter sitzt in seinen vier Wänden, oftmals in demselben Raum, in dem sich die übrigen Familienmitglieder schlafen, kochend oder mitarbeitend aufhalten. Die Kinder spielen und spielen um ihn herum. Er erlebt also alle Freuden und Leiden eines Hausstandes bei seiner Arbeitsleistung. Naturgemäß bleibt die Wirkung auch auf die Gemütsverfassung nicht aus. Sein Denken wird stark davon beeinflusst und hindert ihn, sich um Angelegenheiten zu kümmern, die außerhalb des Be-

reiches seiner Arbeit und seiner Familie liegen. Dazu kommt das Gefühl der allzuscheinbaren Selbstständigkeit, worunter die, den Werkstattarbeitern eigene, Disziplin und Ordnung leidet. Während diese, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trange, beim Erörten des Fabrik-signals sich zur Arbeit einfinden und damit beginnen müssen, die Pausen und der Arbeits-schluss für sie geregelt sind, ist der Heimarbeiter an diese minutiöse Pünktlichkeit nicht gebunden. Er rührt sich, kein Knecht zu sein, er kann mit der Arbeit beginnen und aufhören, wann er will. Leider merkt er nur selten, daß sein eigener Wille gar nicht so sehr in Betracht kommt. Er muß sich danach richten, was zur Erhaltung seiner Familie notwendig ist, auch wird er von der jeweiligen Konjunktur beeinflusst. In der schlechten Zeit wird er die Pausen übermäßig lang ausdehnen können, dann aber durch den Minderverdienst keine rechte Freude daran haben. In der guten Konjunktur, wo ihm eine Ruhepause sehr not tate, muß er früh mit der Arbeit beginnen und zum Ausgleich spät aufhören. Für die Hauptmahlzeit wird nur eine kurze Pause reserviert, Frühstück und Beizer während der Arbeit hintergeschlungen. Diese Freiheit, die gewiß kein Ideal ist, täuscht dem Heimarbeiter aber eine falsch aufgefaßte Selbstständigkeit vor und zerstört in ihm den Sinn für ordnungsmäßige Einhaltung einer geregelten Arbeitszeit.

Der Werkstattarbeiter ist während seiner Arbeitszeit dem Wirtleben in seiner Häuslichkeit entbunden, während alles, was da passieren mag, auf den Heimarbeiter einwirkt. Während der in der Werkstatt Beschäftigte auf Grund der „Fabrikordnung“ zur Solidarität disponiert ist, fehlt dem Heimarbeiter in seiner Einsamkeit dieses Moment. Er steht als einzelner da, er sieht nicht was und wie sein Kollege arbeitet und wie groß der Kosten ist, den er in Arbeit bekommen hat. Kommt er nicht dabei zurecht, erfährt er, ein anderer hat besser bezahlte Arbeit oder ein größeres Quantum zur Fertigstellung erhalten, dann fängt er an zu grübeln, woran das bloß liegen mag? Es fällt ihm ein, vor einigen Monaten irgend etwas mal moniert zu haben, nun, so bildet er sich ein, wird er dafür gestraft. Der andere Kollege, sonst sein Freund, wird im stillen als Schmeuler verdächtigt. Wenn nächsten Zusammenkommen wird irgendeinem achlos hingeworfenen Worte eine unverdiente Bedeutung beigelegt, der stille Verdacht gewinnt Nahrung und nach ganz kurzer Zeit ist daraus Mißtrauen erwachsen, das jede Solidarität tötet. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß die Freundschaft zweier heimarbeitenden Kollegen an dem Tage zu schwinden beginnt, an dem sie für ein und denselben Unternehmer den gleichartigen Artikel herstellen.

Ganz anders bei den Werkstattarbeitern. Hier sieht jeder, was der andere arbeitet, er kennt den Lohnsatz und sollte einer wirklich einmal unolidarisch handeln, so wird dies allen Mitarbeitern nach kurzer Zeit offenbar und sie treffen ihre Maßnahmen. Die vom Unternehmer oder sonst einem Betriebsleiter ausgehende Behandlung der Arbeiter trifft alle in Betriebe Beschäftigten. Sie leiden alle mehr oder weniger unter dem, was den einzelnen betroffen hat. All das wirkt erzieherisch und setzt den We- ariff Disziplin und Solidarität oftmals ganz unbewußt in Wirklichkeit um. Wo diese Momente aber nicht erlebt werden, nicht schon im Kleinen in Fleisch und Blut übergehen, da ist es schwer, fruchtbringenden Boden für solch großzügige Gedanken zu finden, wie sie in der Arbeiterbewegung gebraucht werden.

Trotzdem wir glauben, mit Vorstehendem alles berücksichtigt zu haben, was zugunsten der Heimarbeiter zu sagen ist, können wir doch nicht umhin, unseren schärfsten Tadel denen zuteil werden zu lassen, die wissenschaftlich und geistlich gegen die allgemeine Arbeitersolidarität und gegen tarifliche Bestimmungen handeln. Es gibt leider Heimarbeiter, die wider besseres Wissen sich zu niedrigeren Löhnen anbieten, als wie sie im Affordtarif festgesetzt sind. Die entkehenden Verdienstdifferenzen werden dann durch Verlängerung der täglichen Arbeitszeit und Aus-

nutzung billiger Arbeitskräfte ausgeglichen. Diese Heimarbeit ignorieren jede Einladung zu Betriebsversammlungen, schimpfen aber hinterher auf den Verband, daß er nicht genügend für sie eintritt. Ist es doch, um nur ein Beispiel von vielen Fällen hier anzuführen, erst kürzlich vorgekommen, daß ein Heimarbeiter mit der Begründung aus dem Verbandsausgetreten ist, der Verband müge ihm nicht, trotzdem nachgewiesenermaßen der Betreffende für einen Betrieb arbeitet, in dem durch den Verband durchaus muster-gültige und gesunde Verhältnisse eingeführt sind und durchgehalten werden.

All diese ungünstigen Momente müssen uns zu doppelter Agitations-tätigkeit anspornen.

Es hat jahrzehntelange Arbeit gekostet, den freien Gewerkschaften Eingang unter den in Fabriken tätigen Arbeitern zu schaffen und trotz aller zum Gegenatz in der Heimindustrie günstigen Vorbedingungen stehen heute noch viele Millionen dieser Kulturbewegung fern. Aber rastlose Arbeit wird uns vorwärtsbringen. Wollen wir nicht, daß uns die Heimarbeiter, wie ein Fleißlos an den Füßen, an unserem Fortschreiten hindern, so sind wir aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen, aufs angelegentlichste uns um ihre Lage zu bekümmern und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Wir sind uns der Schwierigkeiten bewußt und werden oftmals noch auf Unverständnis und Voreingenommenheit stoßen. Doch um des praktisch-idealen Zweckes wegen darf sich niemand dieser Aufgabe entziehen. Es ist die höchste Zeit, daß alle, die es mit der Gewerkschaftsbewegung ernst meinen, ihrer Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß eine Isolierung des einzelnen oder einer ganzen Gruppe niemals geeignet ist, der Allgemeinheit zu dienen. Durch Hausagitation und gegenseitige Aufklärung in den Werkstatteversammlungen werden infolge des Meinungsaustausches die Heimarbeiter bald zur Ueberzeugung kommen, daß sie sich auf jeden Fall mit den Werkstattearbeitern solidarisch zu erklären haben. Wenn diese äußerst idiosynkratische, aber doch so sehr notwendige Organisationsarbeit auch nicht sofort sichtbare Erfolge zeitigt und wenn die Arbeiterbewegung unter den Heimarbeitern nur langsam vorwärts geht, so wollen wir uns mit dem Gedanken trösten: „Gut Ding will Weile haben!“ Weiser ist es, es geht langsam vorwärts, als wie gar nicht oder gar zurück. Wer das letztere verbiten will, und das wollen doch hoffentlich alle Kollegen und Kolleginnen, der stelle sich in den Dienst unserer guten Sache und arbeite mit uns, bis alle Arbeiter und Arbeiterinnen begriffen haben, daß nur Einigkeit uns zum Ziele führt.

Der Gau Offenbach im Jahre 1912.

Stand das Jahr 1911 für den Gau Offenbach im Zeichen der Tarifbewegung in der Portefeulles- und Reiseartikelindustrie und deren notwendigen Begleiterscheinungen, so war es im Jahre 1912 der Verbandstag in München und die dort beschlossene Beitragserhöhung, was dem Verbandsleben, wenigstens für den größten Teil des Jahres sein Signum aufdrückte. Es erweist auf den ersten Blick begrifflich, daß eine Beitragserhöhung, die gleich beim Beginn des Jahres in den Spalten unserer Zeitung distanziert und zum Teil sehr abfällig kritisiert wurde, gerade in unserem Gau, mit der ausgedehntesten Heimarbeiterschaft, von dem größten Teil der Kollegen nicht allzu freudig begrüßt wurde. War es doch hier gerade am schwierigsten den Kollegen die unbedingte Notwendigkeit dieser Maßnahme vor Augen zu führen. Versammlungsbesucher ist leider nur ein kleiner Prozentsatz und ein nicht viel größerer wirkliche und aufmerksame Leser unserer Fachzeitung. So konnte die Stabspost, „die Steuerfahnde wird angezogen“, so recht ungehört, d. h. ohne die notwendigen Erklärungen, unter den Kollegen die Runde machen und löste bei den meisten Entrüstung aus, ohne daß man auf die Gründe einging. Austritte über Austritte wurden angedroht und auch zum Teil schon vor München von Kollegen in die Tat umgesetzt, welche immer auf eine passende Gelegenheit zum Austritt lauern und sich diese prächtige Ausrede nicht entgehen lassen wollten. Dazu kam die noch immer lebendige Unzufriedenheit mancher Kollegen mit dem Vertragsabschluss in der Portefeulles- und Reiseartikelindustrie im Juni 1911, welchen die angeforderte Beitragserhöhung einen erneuten Anlaß bot, ihrem gekränkten Herzen Luft zu machen. Wer Vorwände sucht, findet sie.

Wenn dann die Kollegen die Versammlungen, welche zum Münchener Verbandstag Stellung nahmen, etwas besser besucht hatten, so geschah das auch weniger zu dem Zweck, sich die für eine Beitragserhöhung sprechenden Gründe anzuhören, als hauptsächlich deswegen, um gegen die Erhöhung von vornherein Stellung zu nehmen und bei der Gelegenheit erneut mit Austritten zu drohen. Waren solche Drohungen auch nicht durchweg ernst zu nehmen, so erscheint es doch begrifflich, daß die dann zum Verbandstage gewählten Delegierten in diesem Punkte sehr ängstlich waren, was dann in der Abstimmung in München auch deutlich zum Ausdruck kam. Manche hatten nach dieser Richtung gewissermaßen gebundenes Mandat und wagten nicht, als Bestirworter der Beitragserhöhung später wieder vor ihre Wähler zu treten, obwohl ihnen auf dem Verbandstage die Beitragserhöhung durchaus zweckmäßig erschienen mochte.

Aus den vorerwähnten Gründen mußte also hier mit einem Mitglieder-rückgang im Jahre 1912 von vornherein gerechnet werden. Indessen wurde die Sache nicht so schlimm, wie sie zunächst aussah. Im ganzen Gau Offenbach beträgt der Rückgang insgesamt 150 Mitglieder, wovon die Stadt Offenbach auch infolge anderer Umstände allein 89 trägt. Die Gesamtmitgliedszahl im Gau fiel von 4112 am Schlusse des Jahres 1911 auf 3962 am Schlusse des Jahres 1912 trotz der 533 Neuaufnahmen im Berichtsjahre. Zieht man hierbei noch die durch die Beitragserhöhung besonders auf dem Lande stark verminderten Agitationserfolge in Erwägung, so darf dieser Verlust als minimal bezeichnet werden. Jede Beitragserhöhung bringt Verluste, welche durch Neuaufnahmen resp. gesteigerte Agitation wieder mehr als wettzumachen sich alle Kollegen nach Möglichkeit bemühen sollten. Statt dessen aber fehlte es leider auch im vergangenen Jahre vielfach wieder an der so notwendigen Mitarbeit der großen Masse der Kollegen.

In zahllosen Klubs, Sportvereinen und Klubs verzettelten sie den besten Teil ihrer freien Zeit und ihrer Kraft. Wir bekämpfen diese Vereinigungen nicht; nach des Tages Laß und Mühen soll der Arbeiter auch sein Vergnügen haben, aber der Eifer, mit dem sich diese Kollegen fast ausschließlich diesen Vereinen widmen, wäre doch bei einer besseren Sache würdig. Wenigstens sollten die Kollegen darüber nicht ihre Berufsorganisation ganz und gar vergessen und deren Veranstaltungen und Versammlungen besser beachten. Aber leider kommt da der Verband immer in letzter Linie.

Leider mühten bildende und belehrende Vorträge wegen Mangels an genügendem Besuch von der Tagesordnung einer Versammlung abgesetzt werden oder diese ganz ausfallen. Der Versammlungsbesuch kann durchweg nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden, obwohl die Propaganda oft nichts zu wünschen übrig läßt. Auch steht die Distinktion aus den angeführten Gründen nicht immer auf der Höhe der Zeit und erschöpft sich in Kleinlichkeiten.

Bedarf es also in Mitglieder-versammlungen schon eines starken Anstoßes, um einen annehmbaren Besuch zu erzielen, so befriedigen die Fabriks- und Werkstatteversammlungen im großen und ganzen besser. Das könnte noch in erhöhtem Maße der Fall sein, wenn sich hier auch die Heimarbeiter einer regeren Teilnahme befleißigen wollten. So wiesen auch die 54 Versammlungen dieser Art in Offenbach, an welchen der Gauleiter teilnahm, durchschnittlich einen erträglichen, ja guten Besuch auf, während die Heimarbeiter-versammlungen trotz mehrfacher Bekanntmachung zuweilen mehr als schlecht besucht waren. Gänzlich verjagt auf diesem Gebiete haben auch die bei Zwischenmeistern und Heimarbeitern beschäftigten Hilfskräfte. Mit Versammlungen war da nichts Besonderes zu anzutreiben. In Frage kommen hier vorzugsweise junge Leute, welche größtenteils für Parteiversammlungen einfach nicht zu haben, um so mehr jedoch auf den Fußballsportplätzen usw. anzutreffen sind. Diese Nachlässigkeit ist in erster Linie daran schuld, wenn die Einhaltung der tarifvertraglichen Bestimmungen, besonders bei Heimarbeitern und Hilfskräften, der Zwischenmeister oft manches zu wünschen übrig lassen. Ja es muß gesagt werden, daß die Durchführung mancher Vertragsbestimmungen manchmal von den Arbeitern selbst als unannehm empfunden wird und so auf Schwierigkeiten stößt. Das trifft besonders auf die tarifliche Altersgrenze für Heimarbeiter und Zwischenmeister wie auch auf das Anlernen von Lehrlingen zu. Besonders in letzterer Hinsicht wird öfter gefordert. Hat der Heimarbeiter die mit erheblichen Kosten verbundene Meisterprüfung bestanden, so sucht er diese Kosten häufig mit Zinsen wieder einzubringen, indem er entgegen unserer tarifvertraglichen Bestimmungen jwiel Lehrlinge einstellt, als ihm gesetzlich erlaubt ist. Dabei entspricht auch die Entlohnung der Lehrlinge öfters nicht den diesbezüglichen Bestimmungen des Vertrages. Nicht nur, daß die Eltern der Lehrlinge häufig dumm genug sind, im Lehrvertrage eine geringere Entschädigung als die tariflich vorgeschriebene zu vereinbaren, auch der organisierte Heimarbeiter als Lehrmeister läßt sich gar nicht, den Tarifvertrag

nach dieser Richtung zu durchbrechen und dem Lehrling eine wöchentliche Entschädigung von 2-3 Mk. zu zahlen, anstatt der tariflichen 5 Mk. im ersten, 4 Mk. im zweiten und 5 bzw. 6 Mk. im dritten Jahre. Daß das nicht aus Unkenntnis des Tarifvertrages, sondern bewußt geschieht, beweist die jwieljährige Geheimhaltung sowohl durch den Meister als auch durch den Lehrling und dessen gesetzliche Vertreter. Zuweilen auch kommt es vor, daß längere Zeit nach dem Abschluß des Lehrvertrages die Eltern des Lehrlings bei unserer Verbandleitung, den Antrag auf tarifliche Entlohnung stellen und auf Verfragen, warum sie den Lehrvertrag nicht dem Tarifvertrag entsprechend abgeschlossen haben, rund heraus erklären: „Dann hätten wir den Jungen nicht untergebracht.“ Trotzdem sie so bewußt gegen den Tarifvertrag handeln, verlangen sie hernach den Lehrlingslohn auf Grund des Vertrages.

Daß die tarifliche Altersgrenze für Heimarbeiter und Zwischenmeister den jungen Kollegen manchmal als eine lästige Fessel erscheint, ist begrifflich, weil diese vielfach den Wert dieser Bestimmung nicht zu schätzen vermögen und selbst dadurch an der Heimarbeit verhindert sind. Wenn sich aber einmal ein solcher Kollege durchschmuggelt und sich, trotzdem er noch nicht 21 Jahre alt ist, Heimarbeiter verschafft und die Verbandleitung veranlaßt, den betreffenden Fabrikanten den jungen Mann als Heimarbeiter nicht weiter zu beschäftigen, so schreien oft auch ältere Kollegen entrüstet über Denunziantentum. Gewiß eine recht sonderbare Auffassung des Tarifvertrages.

An Lohnbewegungen im Berichtsjahre sei zunächst die Bewegung der Militärattiller bei der Firma Rauch u. Co. in Offenbach genannt. Dort handelte es sich um den Abschluß eines Tarifvertrages, um welchen fünf Wochen gekämpft wurde. Ueber den Verlauf des Streiks und seinen nicht glücklichen Ausgang ist seinerzeit genug berichtet worden, so daß sich ein näheres Eingehen darauf an dieser Stelle erübrigt. Infolge der Hilfsarbeiter waren daran 37 Kollegen beteiligt, welche zum größten Teil nach Abbruch des Kampfes abreisten. Acht nützliche Elemente mußten aus dem Verbandsausgeschlossen werden. Der Betrieb wurde für Sattler gesperrt, welche Maßnahme bis heute noch unrichtig erhalten blieb. Ist für unsere Kollegen bei diesem Kampfe auch nichts herausgekommen, so dürfte doch auch der Fabrikant in seiner Hartnäckigkeit schon manches Haar gefunden haben.

In der Militärartilleriefabrik von Friedr. Wilh. Kinkel in Mainz gelang es den Kollegen im Frühjahr durch gütliches Abkommen ohne Arbeitseinstellung einige Verbesserungen zu erzielen.

Eine Lohnbewegung der Autofattler in den Alsterwerken in Frankfurt a. M. verlief ebenfalls ohne Arbeitseinstellung und brachte annehmbare Erfolge, doch kam es Ende März dort gelegentlich der Metallarbeiterausperrung doch noch zum Streik und haben sich die Kollegen während des achtwöchigen Kampfes tapfer gehalten und die Feuerprobe glänzend bestanden. Unsere Fachzeitung hat ebenfalls hierüber schon an anderer Stelle berichtet. Ueber 2000 Mk. Zuschuß zur Streikunterstützung wurden bei dieser Gelegenheit aus der Bezirkskasse gezahlt.

Zu einer eintägigen Arbeitseinstellung kam es trotz bestehendem Tarifvertrag bei der Firma A. Opel in Küsselsheim. Dort waren über Affordabzüge für Wädchenarbeit usw. Differenzen entstanden, welche durch das Verhalten des Meisters auf die Spitze getrieben wurden, so daß die Sattler plötzlich die Arbeit niederlegten. Die Gausleitung wurde telegraphisch herbeigerufen und es gelang, eine zufriedenstellende Einigung zu erzielen, worauf anderen Tages die Arbeit wieder voll aufgenommen wurde. Eine Anzahl anderer Differenzen wurde auf dem Wege gütlicher Verhandlungen beigelegt. Trotz Vertragsverhältnissen müssen die dortigen Kollegen stets auf dem Damm sein und die Einhaltung der einzelnen Vertragsbestimmungen fortgesetzt aufs schärfste überwachen, wollen sie nicht die Vorteile des Tarifvertrages auf dem Wege wieder verlieren. Besonders ist es dort ein Sattlermeister K., der in der Auslegung des Tarifvertrages wahrer Aristokratie fertig bringt, sobald ihm die Kollegen nicht stramm auf die Finger sehen. Daran darf es allerdings nicht fehlen.

Zu einigen kleineren Bewegungen kam es noch in Frankfurter Betrieben, doch gelang es nur mit einer Treibriemenfabrik den abgelassenen Tarifvertrag für die Kollegen vorteilhafter zu erneuern. Die Frankfurter Verhältnisse differenzieren sich übrigens immer mehr, obwohl die Portefeulles- und Reiseartikelindustrie dort im Rückgange sich befindet und sich mehr und mehr nach Offenbach zieht.

Im Offenbacher Industriegebiet wurde im Laufe des Berichtsjahres noch in einer Anzahl kleinerer Betriebe der Tarifvertrag für die Portefeulles- und Reiseartikelindustrie zur Anerkennung gebracht, so daß wir mit den der Fabrikantenvereinigung angehörenden

Unternehmern, jetzt mit 195 Portefeuller- und Meißelarbeiten, im Tarifverhältnis stehen. Die Zwischenmeisterbetriebe sind hierbei allerdings nicht eingerechnet. Bei einer aus der Vereinigung ausgeschiedenen Firma wurde im Herbst eine Lohnbewegung versucht. Trotzdem die Verhältnisse in diesem Betriebe wirtschaftlich verbesserungsbedürftig sind, kam die Bewegung bei der Jagdbarkeit und insbesondere der Uneinigkeit der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht in Fluß.

Mit der Erledigung einer Anzahl Streitfälle in den tariflich geregelten Betrieben befaßten sich acht Sitzungen der Schlichtungskommission, an welchen der Gewerkschaft ebenfalls teilnahm und brachte diese zum Teil eine für die Arbeiterklasse günstige Entscheidung. Eine wichtige größere Fälle wurde jedoch durch persönliche Verhandlung des Tarifobmannes wie des Gewerkschafters mit den betreffenden Firmen erledigt. Etwas mehr Rücksichtlosigkeit der in Betracht kommenden Kollegen war dabei manchmal zu wünschen.

Arbeiten, nicht nörgeln!

„Opposition muß sein!“ Diese Behauptung wird von vielen Versammlungsrednern als Entschuldigung angeführt, wenn sie aus reiner Oppositionslust all das in Grund und Boden reden, was vom Vorstand als begehrenswert empfohlen wird. Günstigerweise gibt es unter den Mitgliedern unseres Verbandes nicht einen einzigen Kollegen, der nur aus Nörgelsucht und Lust zur Opposition in Versammlungen das Wort ergreift. Es wird sich also niemand persönlich getroffen und beleidigt fühlen, wenn wir solche „Oppositionsmacher um jeden Preis“ und ihr verhandlungsbedingendes Gebaren unter Vermeidung eines im „Sozialistischen Wochenblatt“ erschienenen Artikels auch unseren Lesern vorführen. Das Blatt schreibt:

„Und wäre der Verein noch so klein und der eine oder der andere Verhandlungsgegner auch noch so bedeutungslos: „Opposition muß sein!“ Es gibt Leute im Vereinsleben, für die das Bedürfnis, Opposition um jeden Preis zu machen, so groß ist, daß sie lieber sterben würden, als auf ihre Opposition zu verzichten. Um sie dreht sich ihr Vereinsinteresse, ihr Interesse an den Verhandlungen, sie warten förmlich auf das Stichwort, um mit ihrer Opposition hervorzutreten und das Oberteil zu unterjochen zu können. Solange die bedingungslose Opposition vielleicht im Verein erfolglos kämpft und im Verein der Zigarettenraucher ohne Mundstück betrieben wird, hat es ja weiter nichts auf sich, da wirkt sie grotesk.“

Anders jedoch ist es, wenn große und ernsthaft organisierte Organisationen das zweifelhafte Glück besitzen, mit solchen Opponenten aus Prinzip rechnen zu müssen. Demen nichts recht zu machen ist, die alles besser wissen und wo nichts auf der Höhe der Zeit steht als sie selbst. Solche Kritiker sind oft imstande, als Versammlungsleiter zu wirken, und sind sie erst genügend in einem Verein bekannt, tragen sie nicht selten dazu bei, daß gerade die, denen an einer ruhigen und sachlichen Erledigung der Vereinsgeschäfte gelegen ist, den Versammlungen fern bleiben. Mangelnde Versammlungsleiter ist durch solche unangenehme Personen schon zur Verzweiflung getrieben worden, denn meist wissen die Vertretenden ganz genau die Geschäftsordnung auszubuten. Hinter jedem ihnen unangenehmen Redner verlangen sie das Wort „zur sachlichen Mitteilung“, „zur Aufklärung“, „zur persönlichen Bemerkung“ usw. Besonders Virtuosität besitzen sie in der Anbringung von Zwischenrufen, die den Redner aus dem Konzept bringen sollen; wenn sie ins Blaue hinein etwas behaupten, soll die Versammlung das als laute Weisheit und Wahrheit anerkennen, bei gegenteiligen Behauptungen verlangen sie „Beweise“. Greifen sie einen Redner persönlich an, geschieht es in „berechtigter Abwehr“, behandelt man sie in der gleichen Weise, rufen sie nach dem „Schutz des Vorstehenden“, macht sie aufmerksam, sich kürzer zu fassen oder zur Sache zu sprechen, werden sie „in ihrer Redefreiheit beschränkt“ — kurzum, in allen Fällen der Oppositionelle stets auf die Fährte wie eine Katze. Er ist stets der „Angegriffene“, der „Beleidigte“, der „Sachliche“ und schließlich Theoretiker und Praktiker in optima forma.

Daß durch solche Allesbesserwisser und Nichtstönner oft der Verlauf einer ganzen Versammlung getrübt wird, was schade ist, „man hat den Prüdem einmal wieder bewiesen“, oder „dem Vorstand haben wir es heute mal ordentlich gesteckt“, oder „der soll uns mal wieder kommen“, und befreitigt ob der gelungenen Selbsttaten marschieren zum Versammlungsstapel mit einigen gleichgültigen Freunden hinaus und kommt sich bei einem schäumenden Glas Bier noch lange in dem Bewußtsein, eine große Tat getan zu haben. Und ein kleines Häuflein solcher, die nicht alle werden, jenseits den tapferen Kämpfer an, der selbst dem Vorstand „die Wahrheit gesagt“ und ihm nachgewiesen hat, daß 2 mal 2 gleich 5 ist.

*) Herausgegeben von L. Meißner-Leipzig.

Sicherlich kann man eine Sache von zwei Seiten betrachten und je nach Erfahrung, Alter, persönlicher Meinung und Temperament können nicht alle Redner gleich und einer Meinung sein. Es kommt aber nicht darauf an, daß man eine andere Meinung in diesem oder jenem Punkte vertritt, sondern wie es geschieht. Ob man sich aufklären lassen will, ob man bessere Vorschläge weiß oder ob man alles besser wissen will, ob man die Sache oder seine Person in den Vordergrund stellt, von welchen Vertreibungen man bei Geltendmachung seiner Meinung geleitet wird, das ist das Entscheidende in einer Diskussion. Und da hapert es eben bei manchem bedeutend. Jede Versammlung hat meist ein sicheres Gefühl dafür, aus welchen Motiven heraus ein Redner spricht, und je nachdem hat er „das Ohr des hohen Rufes“ oder man lacht über ihn. Eventuell kann man sich empören.

Man kommt aber noch etwas anderes hinzu, was mit Vorliebe von der Opposition ignoriert wird, und das ist die Tatsache, daß je größer eine Organisation ist, auch desto diffiziler ihre Verhältnisse liegen, daß wie der Lotse das Schiff an Klippen und Riffen vorbei in den sicheren Hafen führen muß, auch eine solche Vereinsleitung gehalten ist, durch Konzeptionen und Kompromisse aller Art das Schiffslein der Organisation vor Gefahren zu bewahren, daß die Politik und die Taktik einer großen Organisation sich jeweils veränderten Verhältnissen anpassen muß und täglich wechselnden Erscheinungen auf dem ihr angewiesenen Gebiete zu folgen hat. Dann ist natürlich bei den Oppositionellen „das Prinzip“ bedroht, die „Organisation gefährdet“, „der Vorstand nicht auf der Höhe der Zeit“. Für den geborenen Oppositionellen gibt es keine Schwierigkeiten in der Organisationsleitung, da ist alles rechtlich einfach und glatt wie ein Brett. Und da leider eine große Anzahl von Mitgliedern in den Tag hinein leben, so sind sie eher geneigt, der Formel einer einfach gelagerten oppositionellen Rede zuzustimmen, als daß man versuchen möchte, den verworrenen Fragen zu folgen, mit denen die Vereinsleitung in Wahrung der Vereinsinteressen zu rechnen hat. In keiner Organisation geht es heute praktisch anders zu machen, als daß man die Geschäfte des

Allen Mitgliedern wird es zur dringenden Pflicht gemacht, die jungen Kollegen, die jetzt die Lehre verfallen, zum Anschluß an unsern :: :: Verband zu bewegen! :: ::

Vereins und die Vertretung seiner Interessen nach innen und außen in die Hände einer bestimmten Anzahl Vereiner (Vorstand) legt. Daß man hierzu ausgerechnet die Dummen und Unfähigen wählt, ist wohl überall ausgeschlossen, wenn man aber manchen Oppositionsredner hört, könnte man bald dieser Auffassung sein. Wenn man nun weiter berücksichtigt, daß dieser Vorstand jahraus, jahrein die Zentralisation bildet, wo alle Fäden der Organisation zusammenlaufen, daß er täglich sich im Werdengang des Vereinslebens intensiv mit allen möglichen Erscheinungen zu beschäftigen hat, daß Hilfe- und Ratgebende zu ihm kommen, daß er besser unterrichtet sein muß als jedes andere Mitglied, und wenn er außerdem durch seine Geschäftsführung sich des ihm übertragenen Vertrauens würdig erwiesen hat, dann sollte die Kritik davon gebührend Notiz nehmen. Dello deprimierender muß es wirken, wenn diesen Personen eine durch nichts begründete Opposition gemacht wird, wenn man erstens dadurch ihre Arbeitsfreudigkeit herabmindert, zweitens geleistete Arbeit mit Un dank lobt und drittens in Wirklichkeit es selbst nicht besser machen kann. Solche Leute beweisen nur, daß sie ihre eigene Lage nicht begriffen haben oder brennender Ehrgeiz treibt sie, eine Rolle spielen zu wollen um jeden Preis — auch um den einer prinzipiellen Opposition gegen alles und jedes. Ohne sich die Mühe zu geben, einer Sache auf den Grund zu gehen, genügt für sie eine gewisse Oberflächlichkeit in der Beurteilung, und der Jude wird verbrannt. Damit kann keine Organisation wirtschaften, das muß sie ruinieren. Man kann ja sagen, das ist ja bloß der und der, oder macht ein Korb gesund oder kommt es nicht vielmehr umgekehrt? In unserer heutigen Zeit lautet die Parole: Arbeiten, nicht nörgeln! Daß man an allem herumäffelt, dazu sind natürlich die Verhältnisse nicht angetan. Gewiß soll man kritisieren, wo es am Platze ist und wenn man kann, bessere Vorschläge machen. Auch die Führer können irren, denn sie sind auch bloß Menschen. Aber man soll sie kritisieren um des Wohls des Ganzen willen und nicht aus purer Nörgelsucht. Damit beweist man sein Interesse an der Organisation nicht. Eher das Gegenteil. Im Innern aber gibt es Heiberden, Anlauf am Vereins-

leben und persönlichen Streitigkeiten. Stelle man immer die Sache über die Person bei der Prüfung der Vereinsgeschäfte und seiner Leitung, dann wird auch das Ganze gedeihen. Dann wird zur rechten Zeit und am rechten Platze ein Opponenten sein Gutes haben, dann wird belebend auf den Verein eingewirkt und seine Interessen gefördert. Darum fort mit der Parole: „Opposition muß sein!“ Das ist nicht wahr. Opposition kann sein, aber sie muß nicht sein. Somit verkennt man sich in eine Sachfrage und stempelt eine an sich in gegebenen Fällen notwendige Sache zu einem Prinzip und schafft damit den Abglauben, daß Opposition jederzeit und um jeden Preis ein Verdienst um die Organisation sei. Somit kommt man dahin, daß nur der sich als richtiges und tüchtiges Vereinsmitglied fühlt, der in jeder Versammlung und in jedem Punkte einen oppositionellen Standpunkt einnimmt. Damit ist aber kein Verein vorwärts zu bringen, eher das Gegenteil, wie die tägliche Beobachtung lehrt.“

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Tarifbewegung der Berliner Treibriemen-sattler scheint ohne größere Arbeitseinstellungen mit Erfolg für die Arbeiter vorwärt zu gehen. In mehreren gemeinschaftlichen Sitzungen der Unternehmer mit den Vertretern ist ein Vertrag zustande gekommen, der beachtenswerte Verbesserungen gegenüber den bisherigen tariflichen und außer-tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen aufweist. Die wichtigsten Punkte in den neuen Vereinbarungen sind:

Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 52 Stunden pro Woche. An den Vorabenden der hohen Feiertage beträgt die Arbeitszeit nur 6 1/2 Stunden. Ab 15. März 1915 wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 52 Stunden reduziert. Für die unumgänglich notwendige Zeiterfüllung bei Kontrollversammlungen und anderen militärischen Weisungen darf vom Lohn nichts in Abzug gebracht werden.

Der Akkordpreis beträgt: für einfache Riemen 10% Pf., für Doppelriemen 11% Pf. pro Meter. Am 15. März 1915 erhöhen sich diese Akkordpreise um einen halben Pfennig pro Meter Nacht. Bei dreifachem Riemen erhöht sich der Preis pro Meter Nacht um 3 Pf. Fabennacht wird mit 25 Pf. pro Meter bezahlt.

Der Mindestlohn für Sattler beträgt 60 Pf. pro Stunde. Alle zurzeit im Betriebe beschäftigten Arbeitskräfte erhalten bei Abkündigung des Vertrages eine Vorkaufzahlung von 5 Pf. pro Stunde. Auf diese Zulage haben auch die Hilfsarbeiter Anspruch, sofern sie mindestens 21 Jahre alt sind. Am 15. März 1915 erhalten die Lohnarbeiter zu ihren jetzigen Lohnsätzen eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Am den gleichen Betrag erhöht sich zu gleicher Zeit auch der festgesetzte Mindestlohn. Aushilfen werden mit 70 Pf. pro Stunde entlohnt.

Für Überstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Prozent gezahlt. Für Montagarbeiten innerhalb des Stadtbezirks Groß-Berlin wird ein Montag-zuschlag von 15 Pf., für Montagarbeiten in den Vororten von 25 Pf. pro Stunde gezahlt. Bei Montagarbeiten außerhalb der Vorortgrenze wird ein Spesenlohn von 4 Mk. pro Tag gezahlt. Auch der Arbeiter am Auslieferungsort der Arbeit für Nachtlohn sorgen, so erhöht sich das Spesenlohn auf 6 Mk. pro Tag. Außer dem Fabrick 2. Klasse ist auch die Fahrzeit dem Stundenlohn entsprechend ohne Zuschläge zu bezahlen. Werktagsonne Handtuch und Zeife liefern die Unternehmer.

Was besonders erwähnt werden muß, ist die Bestimmung über den Urlaub, die bisher nur teilweise vertraglich festgelegt war. Jedem Arbeiter, sofern er ein Jahr im Betriebe tätig ist, wird während der Sommermonate ein Urlaub von drei Tagen und nach dreijähriger Beschäftigung von einer Woche bei voller Bezahlung gewährt.

Der neue Vertrag soll bis 15. März 1916 laufen. Da die Arbeitgeber in der Treibriemenbranche keinen geschlossenen Verein bilden, muß der Tarifabschluß auf dem Wege der Einzelunterschrift erfolgen. Es haben sich bereits 14 der größten Fabriken bereit erklärt, den neuen Tarif zu unterzeichnen.

Eine Versammlung der Arbeiter am 13. März beschäftigte sich in einer längeren Aussprache mit den Zugeständnissen der Unternehmer. Es stimmten sodann in geheimer Abstimmung 125 für und 32 gegen Annahme dieses Tarifes. Einer enthielt sich der Abstimmung. Es wurde der Beschluß gefaßt, in all den Werksstätten, wo bis zum 15. März der Tarif nicht unterschrieben ist, am 17. März die Arbeit einzustellen. Demzufolge traten 21 Arbeiter bei vier Firmen in den Streik, bei 6 Firmen mit 40 Arbeitern wird zu der Zeit, da wir dies schreiben, noch unterhandelt und bei 17 Firmen mit 100 Arbeitern wurde definitiv abgeschlossen. Was zur endgültigen Erledigung wird Zugang von Treibriemensattlern zuzug ferngehalten werden müssen.

Achtung, Treibriemenfasser! Wegen Nichtanerkennung des Vertrages wurde bei folgenden Firmen in Berlin die Arbeit eingestellt: B. N. Loewe, Baldemarit. G. & Krause u. Co., Petersburger Straße 3; „Union“, Ritterstr. 71/75; Franz Prebel u. Co., Berlin-Pankow, Gadjichstr. 20.

In den Wagenfabriken Leipzigs wurde Ende Januar der bis 1. April d. J. laufende Tarif gekündigt. Eine am 24. Februar stattgefundene Versammlung sämtlicher in den drei Wagenfabriken Schau, Luger-Treibst. und Treibh. beschäftigten Arbeiter nahm Stellung zu dem neu eingereichten Tarif. Allgemein zum Ausdruck wurde gebracht, daß die Leipziger Lohnverhältnisse entgegen anderen Städten viel zu wünschen übrig lassen und es an der Zeit ist, einen ganz gewaltigen Sprung nach oben zu machen. Der neue Tarif sieht zunächst die 57tündige Arbeitszeit, für 1915 die 52tündige vor. Bis jetzt werden 54 Stunden gearbeitet. Ein Ueberstundenzuschlag von 40 Proz. und Sonntagsarbeit 50 Proz.; jetzt wurden 30 und 50 Proz. gezahlt; man will hiermit den unendlichen Ueberstunden, welche hier gemacht werden, einen Ramm entgegensetzen. Die Mindestlöhne sehen bei den einzelnen Branchen eine Erhöhung von 5 bis 12 Pf. vor. Es ist dies eine Notwendigkeit, um den wirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen Rechnung zu tragen. Der bisherige Mindestlohn der Sattler war für Kollegen unter 21 Jahren 47 Pf. und über 21 Jahre 52 Pf. Der neue Tarif sieht für selbständige Sattler 63 Pf., 1914 65 Pf. und 1915 67 Pf., für sonstige 56 Pf., 1914 58 Pf. und 1915 60 Pf. vor. Unter allgemeine Forderungen wurden die Arbeitsvermittlung durch den Verbandnachsweis sowie die losenlose Forderung von Werktag gefordert. Alle anwesenden Kollegen waren sich darüber klar, daß die Forderungen, welche im neuen Tarif gestellt werden, den heutigen Verhältnissen entsprechen und für die Durchführung derselben Mann für Mann einzutreten haben.

NB. Eine besondere Beachtung muß der Arbeitsvermittlung geschenkt werden, welche in diesem Tarif nur durch die Verbandsnachweise geschieht. Trotzdem der alte Tarif für diesen Punkt die gleiche Fassung hatte, mußten wir die Durchführung desselben gänzlich vernichten. Gerade bei den Sattlern wurden 90 Proz. aller Stellen durch Verkreibung besetzt und dadurch von organisierten Kollegen. Wie sollen dann die im Tarifverhältnis stehenden Kollegen vom Unternehmer bei der Einhaltung des Tarifes fordern, wenn die Kollegen selbst es nicht für nötig halten, die Arbeitsnachweise zu benutzen. Es wäre von allen Kollegen, welche ihre Stellung wechseln wollen, zu wünschen, den Kopf unserer Zeitung besser zu beachten.

Aus unserem Beruf.

Ein Arbeitgeberverband der Wagenindustrie wurde unter Mitwirkung des Deutschen Industrie- und Gewerkschaftsbundes (Sitz Dresden) für den Karosserie- und Wagenbau von Frankfurt, Offenbach und Umgebung gegründet. Diesem Industrie- und Gewerkschaftsverband, der den Zweck hat, die Unternehmer bei Streiks und Ausperrungen zu unterstützen, gehören als korporative Mitglieder u. a. an: Der Verband deutscher Lederwarenindustrieller, Vereinigung deutscher Fabrikanten für Seeresauriererei und die Vereinigung deutscher Wagen- und Karosseriefabrikanten.

Gründung einer Sattler- und Tapezierer-Zwangsinnung in Bernigerode a. Harz. Die Sattler- und Tapezierermeister in Bernigerode planen die Errichtung einer Zwangsinnung. Zu diesem Zweck sind sie wiederholt zusammengekommen und haben Beratungen gepflogen. In einer dieser Versammlungen referierte Herr Handwerkskammermitglied Finken und hob dabei hervor, daß die Innungen nicht viel, beinahe gar keine Vorteile bieten können. Ein mahres Wort, welches wir gern anerkennen. Seine weiteren Ausführungen mußten wir doch bezeichnen, besonders wenn er sagt, daß es eine schöne Sache sei, Mindestpreise festsetzen zu können, zum Beispiel bei häßlichen Aufträgen. Vorläufig besteht § 100a des Innungsgesetzes. So lange dieser besteht, ist es den Handwerksmeistern verboten, durch Innungsbeschlüsse Mindestpreise festzusetzen. Die Kleinmeister dürfen nicht glauben, wenn dieser Paragraph fällt, davon Vorteile zu haben. Den Nutzen haben nur die größten Geschäfte im Handwerk, welche durch die besondere Lage, wie auch durch die Größe des Betriebes bessere Bedienung suchen und besonders durch glänzende Schaufenster die Kundenschaft heranziehen können. Mögen die Meister in Bernigerode beschließen wie sie wollen, den Nutzen, den sie sich versprechen, werden sie von der Zwangsinnung nicht haben. In anderen Städten hat man vielfach die Zwangsinnungen aufgelöst, da sie keine Vorteile brachten. Sehr viel Schererei entstand mit dem Einziehen der Beiträge und oft mußte dieser auf dem Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden. Sollte es nun zur Gründung einer Zwangsinnung kommen, so haben unsere Kollegen

die Pflicht, einen Gehilfenausschuß zu wählen. In einer Versammlung, welche im Februar in Bernigerode stattfand, referierte Geulleiter Busch in ausführlicher Weise über die Aufgaben der Gehilfenausschüsse. An unsere Mitglieder dort liegt es, dafür zu sorgen, daß nur organisierte Kollegen in den Gehilfenausschüssen gewählt werden. Diese bieten uns die Gewähr, unentgeltlich für die Rechte der Gehilfen zu wirken. Daß die Verhältnisse in unserem Beruf am Erie noch sehr verbesserungsbedürftig sind, beweisen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Dabelhorst. In dieser Wagenfabrik ist noch die 11tündige Arbeitszeit, sowie Löhne von 30 bis 40 Pf. die Stunde werden eingerichteten Gehilfen gezahlt, welche bis zu 30 Jahren in diesem Betriebe beschäftigt sind.

An unsere Korrespondenten!

Es entspricht den Aufgaben der Gewerkschafts- presse, ihr mitgeteilte Mißstände aus Betrieben und dem Verufe in geeigneter Weise zu veröffentlichen, um so zur Behebung der Klagen beizutragen. Jedoch sind an solche Veröffentlichungen verschiedene Bedingungen geknüpft, auf deren Befolgung jede Schrift- leitung halten muß.

1. Wer sich über Mißstände beschweren will, tue es, solange er noch im Betriebe tätig ist. Beschwerden nach Austritt aus der Beschäftigung tragen den Stempel eines Nachhates.
2. Jede Beschwerde ist der zuständigen Ortsver- waltung oder Branchenleitung zu melden, von wo aus die Angelegenheit auf ihre Richtigkeit geprüft und für Abhilfe geistert wird.
3. Erst wenn der Unternehmer sich weigert, Ab- hilfe zu schaffen, soll die Verhandlung in Anspruch genommen werden. Solche Ein- sendungen müssen vom Bevollmächtigten hand- schriftlich unterzeichnet und mit dem Ver- bandstempel versehen sein. Nur solche Ein- sendungen werden veröffentlicht, bei denen die Voraussetzungen unter 1, 2 und 3 erfüllt sind. Die Redaktion.

Unsere Lehrlings- und Jugendab- teilung muß durch Zuführung neuer Mitglieder ständig gestärkt werden.

:: Kollegen, nützet die Zeit! ::

Korrespondenzen.

Hannover, (E. 11. 3.) Sonnabend, den 8. März, fand eine sehr gut besuchte Versammlung der Wagen- und Autofattler statt, um zu der Branchenkonferenz Stellung zu nehmen. Von allen Rednern wurde die Einberufung der Branchenkonferenz freudig begrüßt, aber zugleich der schärfste Pro- test gegen die Handhabung der Delegiertenwahl erhoben. Folgende Resolution wurde einstimmig an- genommen:

Die in der heutigen Branchenversammlung an- wendenden Wagen- und Autofattler protestieren auf das energigste gegen die Handhabung der Dele- giertenwahl. Da hier annähernd 30 Kollegen der Branche in Betracht kommen, so müssen sie es als eine Ungerechtfertigt, als eine Mißachtung unserer Grundrechte empfinden, daß man es nicht einmal für nötig hält, sie zu fragen und einfach einen Kollegen aus einer anderen Verwaltungsstelle bestimmt, der sie mit vertreten soll. Wie sich das mit dem Grund- satz gleiches Recht für alle vereinbaren läßt, ist uns allen unverständlich.

Dalle a. S. „Die freien Gewerkschaften und ihre Gegner“ lautete das Thema, welches Kollege Weinschild-Berlin in einer öffentlichen Sattlerversam- mlung unter großer Aufmerksamkeit der fast vollzählig erschienenen Mitgliedschaft behandelte. Die bei der Firma Lindner-Annendorff beschäftigten, unter Hirsch-Dunkerscher Führung stehenden Selbstge- wählten, waren zu dieser Versammlung besonders eingeladen, aber nicht erschienen. Sie fürchteten wohl die Vorwürfe wegen ihres terroristischen Verhaltens, welches dazu führt, daß kein Andersdenkender in den Betrieb eingekauft wird. Die Herren wollen ungehört ihrem arbeiterschädlichen Verhalten nachgehen. Doch es wird nicht mehr lange dauern und die Firma wird heilfroh sein, freigezeichnete einzustellen, um ihre Produ- tion aufzuerhalten zu können.

In seinen 14tündigen Ausführungen zeichnete der Referent die Anfänge gewerkschaftlicher Organi- sationen und ihrer Begleiterscheinungen vom Mittel- alter bis zur Neuzeit, kam dann auf die Industriali- sierung Deutschlands und die damit verbundene Konzentrierung des Kapitals zu sprechen, schilderte das Erwachen der Arbeiterschaft zum Klassenbewußt-

sein und Sozialismus sowie die Verfolgungen organi- sierter Arbeiter bei Wahrung ihrer Interessen. Ein- gehend wurden die verschiedenen Organisationsgrup- pen und ihre Leistungsfähigkeit gewürdigt, was er- kennen ließ, welcher Richtung denkende Arbeiter sich anschließen haben. Die Diskussion war sehr ange- regert und wurden dem Referenten u. a. folgende Fragen vorgelegt. Welche Stellung nehmen die freien Gewerkschaften zum Sozialismus, zum Tarifwesen, zum Kleinrentnerium und zu den Werkführern ein, welche nach Mitglied der Gewerkschaften sind? Die Verantwortung befriedigte die Anwesenden vollst. Gemeinlich wurde, zukünftig über solche Verträge zu verhandeln. Des weiteren wurde das Wesen der Arbeiterpresse, die Inanspruchnahme der Bibliotheken und die Beteiligung an den vom Bildungsverein getrossenen Veranstaltungen dringend empfohlen. Verschiedene Redner appellierten an die Mitarbeit aller Kollegen, damit im August, wenn die Sattler- weiser Teufelskinder in Halle ihre Parade abhalten, alle Berufsgenossen dem Verbande der Sattler und Portefeuller angehören. Mit einem begeistert auf- genommenen Hoch auf den Verband erreichte nach 11 Uhr die imposante Versammlung ihr Ende.

Frankfurt a. M. (E. 14. 3.) Unsere Mitglieder- versammlung vom 12. März nahm zuerst ein Referat des Genossen Elert über das Genossenschaftswesen entgegen. In anschaulicher Weise schilderte der Referent Wesen und Entwicklung der Genossenschaften, welche aus kleinen Anfängen sich zu einem Faktor entwickelt haben, der heute im wirtschaftlichen Leben ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Arbeitszeit und Löhne der Angestellten sind unzureichend, auch die sozialen Einrichtungen für dieselben. Auf die spezielle Tätigkeit des Frankfurter Konsumvereins über- gehend, betonte der Redner die Vorteile, welche den Mitgliedern geboten werden, indem in Zeiten der Teuerung der Verein in der Lage war, preisregulie- rend einzugreifen. Auch bei Streiks, Ausperrun- gen usw. seien die Mitglieder in der Lage, bei dem Verein Entgegenkommen zu finden. Die Ausführun- gen wurden sehr beifällig aufgenommen. Kollege Schulz mahnte anschließend die Kollegen, welche den Beitragsbeitrag zur Mitarbeiterorganisation noch nicht geleistet haben, das nützlich bald zu tun.

Zur Bezirkskonferenz wurden nach kurzer De- batte die bereits gestellten Anträge gutgeheißen und die Kollegen Kimmel, Metzger und Schulz als Delegierte gewählt. Ein Delegierter soll von Müffels- heim gestellt werden. Eine ziemlich hitzige Debatte entspann sich noch über die Trennungsangelegenheit mit Müffelsheim, die ebenfalls im Sinne der Orts- verwaltung geregelt werden soll. (zu wünschen wäre, daß bei solchen Anlässen die Kollegen, welche Kritik üben oder Vorwürfe erheben, etwas mehr ihren Ver- stand zu Rate ziehen und nicht auch der Tapferkeit besseres Teil wählen und verschinden. T. W.)

Müffelsheim, (E. 14. 3.) Am Montag, den 10. März, fand in der Hingstöder Klosterhalle eine gut besuchte Versammlung statt. Diese befaßte sich zunächst mit der Bildung einer eigenen Verwaltungs- stelle. Von der Frankfurter Verwaltung waren die Kollegen Schulz und Kimmel anwesend. Beide gaben der Meinung Ausdruck, daß das Fortleben nach Selb- ständigkeit ja wohl zu verstehen sei, trotzdem könne aus rein praktischen Gründen Frankfurt nicht beifür- worten, daß Müffelsheim eine eigene Verwaltung bildet, es gehe die enge Verbindung mit der Wagen- branche verloren, weiter sei es sehr zweifelhaft, ob nicht die Selbständigkeit in einem Orte, wo nur ein Betrieb vorhanden ist und wo Verhältnisschwierigkeiten nicht zu vermeiden sind, zum Schaden der Organi- sation ausschlagen könne. Auch habe Müffelsheim durchaus keine Ursache zu klagen, indem ihren Wün- schen und Anregungen in weitgehendem Maße Rech- nung getragen wurde. Die Beschlusfassung wurde bis zur unbegünstigen Antwort des Zentralverbandes ausgesetzt. — Es folgten Verfassungsangelegenheiten, die amoktsprechend geregelt wurden, die aber den Bezirksvertretern einer selbständigen Verwaltungsstelle zu denken geben werden. — Daran anschließend nahm die Versammlung Stellung zur Branchenkonferenz für die Autobranche. Scharf kritisiert wurde die Art und Weise der Mandatsverteilung zu derselben und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß solche unalt- baren Bestimmungen in Zukunft vermeiden werden sollen. Den Delegierten wurde anheimgestellt, dafür einzutreten, daß Bezirksbranchenkommissionen ge- bildet werden, welche ohne große Kosten praktischer arbeiten könnten als Reichskonferenzen. Nachdem Kollege Schulz noch einen Heberlich über die Lohn- verhältnisse der einzelnen Betriebe gegeben, wurde als Delegierter einstimmig Kollege Schurek gewählt.

Dresden, (E. 15. 3.) Eine Versammlung der Auto- und Wagenfattler fand am 5. März im Restaurant Hochfelder statt. Kollege Berndt wies auf die Not-wendigkeit und den Nutzen der Branchenkonferenz hin und ersuchte zum Schluß die Kollegen, Vorschläge zur Maß zu machen. Von den drei vorgeschlagenen Kollegen wurde Kollege Berndt als Delegierter ge- wählt. Mit der betreffenden Tagesordnung zur Kon-

ferenz hatten sich die Kollegen schon in einer früheren Versammlung genügend beschäftigt, so daß unter Punkt Verschiedenes nur noch einige Fragen gelöst wurden. Im Anschluß an diese Versammlung fand eine Betriebsbesprechung der Firma Heinrich Glaser statt. Gegenstand derselben war die neue Arbeitsordnung, durch welche es die Firma verstanden hat, gestützt auf das schlechte Organisationsverhältnis der dortigen Sattler, den Arbeitern ungewöhnlich hohe Strafen für Zuspätkommen usw. aufzuerlegen. Die Versammlung endete mit einem Appell an die Kollegen der Firma Glaser, zusammenzuhalfen und alle Verschlechterungen einmütig abzuwehren.

Berlin. (C. 18. 3.) Donnerstag, den 13. März, fand eine außerordentliche Versammlung sämtlicher in Berliner Treibriemenfabriken beschäftigten Arbeiter statt. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über die Verhandlung unserer Lohnkommission mit den Arbeitgebern. Kollege Schulze führte aus, daß den Unternehmern keine Konzessionen gewährt werden müßten, um überhaupt eine nachmalige Verhandlung zu ermöglichen. Das Gegenangebot der Unternehmer war aber so wenig zufriedenstellend, daß es ohne weiteres abgelehnt wurde. Nach mehrstündiger Interaktion gelang es, den Vorsitzenden Herrn August Vid zu bewegen, die Unternehmer zu einer nachmaligen Verhandlung einzuladen. Die Herren Lechner und Bergmann waren hierzu bereit, Herr Mallon lehnte aber ab. Erst als Herr Vid erklärte, sein Amt als Vorsitzender des Verbandes niederzulegen, fand auch er sich bereit. Bei der Verhandlung am 11. März im Marinekaufhaus gelang es, einen Vertrag zustande zu bringen, den wir an anderer Stelle auszugsweise wiedergeben. In der Diskussion wurde das für und wider reichlich erwohnen und der Vertrag mit 125 gegen 32 Stimmen angenommen. Es wurde zugegeben, daß bei einzelnen Firmen mehr zu erreichen gewesen wäre, doch im Interesse des einheitlichen Tarifes mußte davon Abstand genommen werden. Kollege Schulze verlas dann noch sämtliche Firmen und machte den Kollegen zur Aufgabe, im Laufe des Sommerabends den einzelnen Unternehmern die Tarife zur Unterschrift vorzulegen und bei Verweigerung derselben die Arbeit sofort niederzulegen.

Aus anderen Organisationen.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe vom 9. bis 12. März unter dem Voritze der drei Unparteiischen führten zu keinem Abschluß, so daß die Gefahr eines offenen Kampfes noch nicht beseitigt ist. Zu den Vorschlägen der Unparteiischen erklärten die Unternehmer nicht in der Lage zu sein, in drückende oder bestreikliche Verhandlungen einzutreten, da sie verpflichtet sind, eine außerordentliche Vorstandssitzung einzuberufen, welche zu den Vorschlägen Stellung nehmen soll. Die Arbeiter hingegen waren bereit, in drückende Verhandlungen einzutreten. Das Wesentlichste ist wohl, daß der am 31. März ablaufende Tarif bis zum 19. April verlängert wird. In der Zwischenzeit sollen die Parteien nochmals in Verhandlungen eintreten. — Die Lohnbewegung der Holzarbeiter ist beendet, nachdem in 50 Orten den Schiedssprüchen der Unparteiischen zugestimmt worden ist. — Die Auslieferung im Walergewerbe hat den angebotenen Umfang nicht angenommen, da von 53 000 Mitgliedern nur rund 15 000 ausgesperrt wurden. —

Soziales.

Die Wählerwahlen zur Angestelltenversicherung sind nunmehr abgeschlossen. Auf die Liste der vereinigten Hauptauschüsseverbände sind 3603 Stimmen, auf die Liste der freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten (verbunden mit der Liste des Vereins der Deutschen Kaufleute) 258 Stimmen und auf eine polnische Liste 56 Stimmen entfallen. Infolgedessen stellt die freie Vereinigung je einen ersten und zweiten Ersatzmann beim Verwaltungsrat und Rentenausschuß und je einen zweiten Ersatzmann beim Schiedsgericht und Dreifachschiedsgericht. Das Ergebnis der Wahlen war nach dem Ausfall der Vertrauensmännerwahlen vorauszusehen. Obwohl die freie Vereinigung rund 80 000 Stimmen und der Hauptauschuß 200 000 Stimmen auf ihre Vertrauensmännerkandidaten vereinigte, die Stimmengabe also im Verhältnis von 1 zu 3 steht, bemißt sich die Zahl der erhaltenen Sitze im Verhältnis von 1 zu 14. Trotz des Verhältniswahlsystems ist durch eine unfinnige Wahlkreisinteilung, wie sie allenthalben noch beim preussischen Dreifachwahlrecht zu finden ist, die Widerheit auf das schwerste benachteiligt worden. Die Anhänger der freien Vereinigung wohnen erklärlicherweise in den Großstädten, da drei Viertel aller Angestellten in den Groß- und Industriebetrieben zusammengedrängt sind. Die wenigen Angestellten in den Landorten haben aber ebenso viel Vertrauensmänner zu wählen, wie die Orte mit starker Angestelltenbevölkerung. Da-

durch haben diese Angestellten auf dem Lande ein zehnmal größeres Wahlrecht. Durch die Wahlkreisgeometrie ist es also glücklicherweise, den Anspruch der freien Vereinigung, den sie ihrer Stimmenzahl nach erheben konnte, von einem Drittel auf ein Viertel herabzudrücken.

Die Beiträge zur Angestelltenversicherung, der 14 Millionen Angestellte angehören, bringen die Arbeitgeber und Angestellte je zur Hälfte auf. Die Einnahmen für das laufende Jahr werden auf 120 Millionen Mark veranschlagt. Für den Monat Januar wurden 10 000 000 Mt. an die Reichsversicherungskasse abgeführt. In den Fällen, wo Abzüge bei der Gehaltszahlung unterbleiben, dürfen die Abzüge nur bei der nächsten nachgeholt werden. Nur da, wo Zweifel über die Versicherungspflicht bestehen, findet diese Vermutung bis zur endgültigen Entscheidung des Rentenausschusses keine Anwendung. Liegt ein Verschulden des Arbeitgebers vor, dann kann der Arbeitgeber die Beiträge von dem Angestellten nachträglich überhaupt nicht fordern. Zweifellos ist das heute schon in vielen Fällen der Fall, da zahlreich Arbeitgeber, trotzdem über die Versicherungspflicht der Angestellten Zweifel nicht bestanden, die Beiträge nicht gezahlt haben. Das geschah sogar in den Fällen, wo seitens der Arbeitgeberseite für die Angestelltenversicherung die Versicherungspflicht ausnahmslos anerkannt und die Versicherungskarte ausgestellt wurde. Hier wird der Arbeitgeber in voller Höhe nachzahlen müssen, ohne daß ihm das Recht zugestanden werden kann, diese Beitragsanteile wieder vom Angestellten einzuziehen.

Rundschau.

Am krankhaften Fortschreiten über das Streikwesen und die gewerkschaftliche Praxis leidet der Inhaber der Schachauwerkst. Dr. Ing. Ziefe. Seinem Leidenszustand ist es zuzuschreiben, wenn er in der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ sich in geistige Höchstleistungen und die Mittelwelt über die Entziehung eines Streiks in folgender Weise befehrt:

„Ein Streik entsteht durchaus nicht aus dem Grunde, weil die Löhne zu niedrig sind oder die Arbeitszeit eine zu lange ist oder die Arbeiter sonst aus irgendeinem Grunde unzufrieden wären; nein: ein Streik entsteht auf ganz anderem Wege. Die Zentrale der Arbeiterorganisationen, die doch hier und da einen Beweis ihrer Daseinsberechtigung geben muß, sagt sich: „Im vorigen Jahre haben wir an der und der Stelle im Deutschen Reich Störungen in Szene gesetzt, jetzt in diesem Jahre wollen wir an dem und dem Plage den Hefel einschieben. Nun werden so und sovieler Nedner von der Arbeiterorganisationszentrale an den betreffenden Platz geschickt, die Tag und Nacht die Arbeiter bearbeiten, große Versammlungen abhalten und den Arbeitern absolut keine Ruhe lassen, bis sich eine Anzahl junger Leute zusammenfinden, die weiter wählen und die von der Arbeiterorganisationszentrale und ihren Agitatoren ausgehenden Aufwiegungen in die Tat umsetzen. So entsteht der Streik! Nun werden in der Regel die unternünftigen Bedingungen seitens der sogenannten Streikleitung aufgestellt; Bedingungen, die oft durchaus nicht in Frage kommen, weil das damit verlangte schon längst vorhanden ist, und die als „Wünsche“ nur gestellt werden, um bloß eine Differenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen.“

Die ganze Streikbewegung ist durchaus nicht ein Bedürfnis des Ausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie es weltfremde Professoren der Nationalökonomie gemächlich hinzustellen belieben, sondern eine Mache der Arbeiter leben und die ihnen seit dem Jahre 1890 die ungeheure Summe einer halben Milliarde Mark an Beiträgen abgenommen haben und die sich gewissermaßen verpflichtet fühlen, den Arbeitern für dieses ihnen unter Vorpiegelung von Utopien abgeladete Geld doch wenigstens einmal einen Streik zu bieten . . .

Dann folgt ebenso originell die Schilderung der Aufgaben der Streikposten:

„Wenn die vernünftigen, in der Regel die alten sechsbaren Arbeiter, nicht mitstreifen wollen, dann tritt das Gefährliche ein. Dann bringen die Organisationen die unruhigen Elemente, gewöhnlich die jungen Leute, zur Majerei, oft sogar zu sinnlosen Gewalttätigkeiten, heiß aber zum Streikpostenleben. Dieses Streikpostenleben hat den Zweck, die willigen Arbeiter zu ängstigen, sie mit Ärtlichkeiten anzufassen und sie unaufhörlich zu terrorisieren, so daß sie sich schließlich nicht mehr sicher fühlen und lieber den Anschein erwecken, als wenn sie mit ihren streikenden Kollegen auch mitklingeln . . .“

An diesem Treiben sind nach Ziefes Meinung die Gerichte mitschuldig; denn

„. . . wo die Polizei die Notwendigkeit ihres Eingreifens einfach und sich die größte Mühe gab, die störenden Elemente zu fassen und ihr gefährliches

Tun zu inhibieren, da war es wieder das Gericht, welches verlagte und die Sache schnell und energig beendigte, sondern nach Ruffenart in die saumfertige Länge zog, so daß die terrorisierenden Arbeiter, wenn sie schließlich bestraft wurden, gar nicht gefühlt haben, wofür sie ihre Strafe erhielten. Bei solchen Terroristen ist es eine Notwendigkeit, daß die Strafe, wie bei einem bißigen Hunde, sofort nach der Tat erfolgt, damit solche Leute auch fühlen und empfinden, wofür sie die Strafe bekommen . . .“

Und zur gründlichen Austreibung des Streikgistes empfiehlt dann Ziefe:

„. . . Aber jeden, welcher zur Aufwiegung der Arbeitermassen beiträgt und sie in gefährliche, die Tatsachen verdrückende Weise erregt, sollten auf Grund dieses zu schaffenden Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen zunächst Geldstrafen und im Wiederholungsfall steigende Gefängnisstrafen verhängt werden. Damit würde die Macht der Agitatoren, die auf Grund eines solchen Gesetzes hinter Schloß und Riegel gebracht werden, auf die denkbar einfachste Weise gebrochen. Solange ein solches Gesetz nicht besteht, wird in Streikfällen auch nicht das Milde der alleruntergeordneten Elemente verhindert werden können, jenes Gedankens, das sich bei Streikunruhen ansammelt, um im Trüben zu fischen und die Arbeitswilligen in der unerhörten Weise zu bestrafen. Auch die Ausschreitungen der sozialdemokratischen Presse in der Verteilung der Streikvorgänge müssen entsprechend bestraft werden . . . Es ist direkt unbegreiflich, daß unter dem Schutze unserer Regierung ihre schämehaften Gegner einen sich ständig vermehrenden Revolutionsfonds ansammeln dürfen, der aus den verführten und bedrönten Arbeitern für Streikwede usw. abgeprehten Beiträgen zurückgelegt wird. Beiträge, die im Laufe der Jahre, wie durch die Statistik nachzuweisen, die ungeheure Summe von etwa 500 Millionen Mark erreicht haben. Nach meiner Erfahrung und derjenigen von vielen Sachverständigen werden sofort 30, sogar vielleicht 50 Proz. der jetzt zahlenden Mitglieder der Sozialdemokratie abfallen, wenn sie als Arbeitswillige nur bestimmt auf einen energischeren Schutz der Regierung rechnen könnten.“

Der Mann, der hier in dieser Weise gegen Streiks und Streikterrorismus zeteriert, trieb vor zwei Jahren einen Teil seiner Arbeiter selbst in den Streik und sperrte dann den anderen Teil aus. Die Nichtarbeitwilligen wies er kurzerhand zum Teil mit gerichtlicher Hilfe aus den Werkwohnungen. Daß es sich bei diesem Streik auf keinen Fall um sozialdemokratischen Terrorismus handelte, beweist der Umstand, daß der Kampf fünf Monate lang von allen Gewerkschaften: freien, ärtlichen, kirchlichen, Dunderschen und politischen, in voller Einmütigkeit geführt wurde. „Freund“ Ziefe hat „wirklich“ Ursache, nach Ausnahmegelesen zu schreien!

Die Gelben als Hausbrecher. Der Ausschuß zur Förderung der vaterländischen Arbeiterbewegung des Bezirks Hamburg und Umgebung veröffentlicht in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ (Nr. 10) eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Wiesbad waltet in den Kreisen des Unternehmertums die vollkommen irtümliche Ansicht ab, daß die nationalen Arbeitervereinigungen ihre wesentlichste Aufgabe darin erblicken, ihre Mitglieder in Streikfällen zur Verfügung gesperrter Betriebe zu halten. So nur ist es wenigstens zu erklären, daß auch solche Betriebsleitungen, die sich im übrigen recht wenig um die nationale Arbeiterbewegung kümmern, gerade dann auf deren Hilfe zurückgreifen, wenn sie mit ihren Belegschaften in Schwierigkeiten geraten. Eine solche Auffassung läuft aber auf eine Diskreditierung der nationalen Arbeiterbewegung hinaus. Obwohl diese dem Streikwesen im Hinblick auf dessen Klassenkampferische Zweckbestimmung faktungsgemäß nachdrücklich entgegentritt, muß sie es dennoch grundsätzlich in Abrede stellen, daß sie einem solchen Ziel mit Hilfe des Eingreifens in Differenzen nachzutraden bestrebt ist, mit denen ihre Mitgliedschaften an sich nichts zu tun haben. Man darf eben die nationalen Arbeiterbewegungen nicht als Streikbrecherkolonnen ansehen, deren man sich sozusagen als Lädenhüter bedienen darf.“

Was die Gelben hier und auch an anderer Stelle ihrer Erklärung sagen, ist nichts weiter, als daß sie zunächst von den Unternehmern unterstützt sein wollen, ehe sie sich zu Streikbrechereien hergeben. Eine Hand wäscht die andere. Unterstützen die Unternehmer kräftig die Gelben, dann sind diese zu den bekannten Dienstleistungen bereit. Allerdings fühlen sie, daß die gewerkschaftliche Streikbrecherei ein sehr anrüchliches Geschäft ist und sie möchten beileibe nicht den Streikruhm gründsächlich proklamieren. Grundfänglich nicht! Und in der Praxis nur dann, wenn der Unternehmer ein Gönner und Förderer der gelben Gewerkschaften ist. Dann wird ihnen Hilfe mit Freuden zuteil. Daß sich der Unternehmer nicht um die Gelben gekümmert, nun, dann betreibt man eben auch — Streikbruch. Was soll also die falsche Scham, die sie übrigens wegen der fortgesetzten Streikbrechereien mit gewissen christlichen Gewerkschaften teilen.

Internationale Vereinigung der Sattler und verwandten Berufsgenossen.

Die zweite internationale Konferenz, die am 16. und 17. April 1909 in Köln stattfand, hat beschlossen, die nächste Konferenz in diesem Jahr in Wien abzuhalten.

3. internationale Konferenz zu Freitag, den 9. und Sonnabend, den 10. Mai, nach Wien ein.

Die angeschlossenen Organisationen werden gebeten, einen oder mehrere Vertreter zu entsenden. Es bleibt jeder Organisation überlassen, die Anzahl ihrer Vertreter zu bestimmen.

Die Tagesordnung lautet folgendermaßen:

- 1. Bericht des internationalen Sekretärs.
2. Bericht der angeschlossenen Länder.
3. Einführung von einheitlichen Mitgliederdokumenten.
4. Einführung gleichlautender Bestimmungen über Karenz- und Unterstützungsfristen, Beitragsbefreiung usw.
5. Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen.
6. Uebertritt von Mitgliedern von einer Organisation in die andere.
7. Berichterstattung.
8. Boykottfrage.
9. Die Heimarbeit.
10. Die internationale Konferenz in Zürich.
11. Verschiedenes.

Die endgültige Festsetzung der Tagesordnung bleibt der Konferenz selbst vorbehalten.

An die Konferenz schließen sich die Verbandstage des österreichischen Sattlerverbandes und des österreichischen Ledergalanteriearbeiterverbandes an.

Der internationale Sekretär.

Joh. Sassenbach, Berlin, Engelufer 15.

Anträge des Deutschen Sattler- und Portefeullerverbandes.

1. Die angeschlossenen Landeszentralen sind verpflichtet, alle Streiks und Aussperrungen dem internationalen Sekretär anzuzeigen.

2. Das Internationale Sekretariat wird verpflichtet, vierteljährlich ein in drei Sprachen, Deutsch, Französisch und Dänisch, gedrucktes Bulletin herauszugeben.

3. Die internationale Konferenz wird ersucht, sich mit einer anderweitigen Regelung der Beitragsfrage zu beschäftigen.

Bekanntmachung

der Tarifkommission für das Portefeuller- und Reisartikelgewerbe.

Die Ortsverwaltungen werden ebenso höflich wie dringend ersucht, die ihnen von den Gauleitungen zugestellten Fragebogen umgehend, spätestens aber bis zum 31. März d. J., den Gauleitungen ausgefüllt wieder zurückzuführen.

Der Obmann: G. Weinschild, Berlin S.O. 16, Brüdenstr. 10b.

Bücherchau.

Die Konfessionenbewegung der deutschen Arbeiterklasse von Paul Göhre. Unter diesem Titel ist sechsen Bände der 'Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung' erschienen.

Bei diesem Heft läßt sich wirklich das so oft mißbrauchte Wort anwenden, daß es einem lange gefühlten Bedürfnisse entgegenkommt.

1813. Vortrag, gehalten von Hermann Wendel am 9. März in Frankfurt a. M. Preis 10 Pf.

Wer sich objektiv über die Volkserhebung unterrichten will, wird die im Verlage der 'Frankfurter Volksstimme' erschienene und durch alle Buchhandlungen zu beziehende Broschüre auf lebhafteste begrüßen.

Johs. Heiden: Was muß der Arbeiter von der Krankenversicherung wissen?

Johs. Heiden: Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?

Ed. Gräf: Was muß der Arbeiter von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen?

Jedes Heftchen kostet 10 Pf. und ist durch die Parteibuchhandlungen oder direkt vom Verlage der Buchhandlung Volksstimme Frankfurt a. M. zu beziehen.

Revolutionärer Syndikalismus und reformistischer Syndikalismus von Felicien Chollave. Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen.

'Karl Marx. Der Mann und sein Werk' betitelt sich ein im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung erschienenes Schriftchen, welches wir allen Kollegen zur Anschaffung empfehlen.

Adressenänderungen.

Duisburg. B. Adam Krämer, Hochfeldstr. 5 II. V. 'Im Bienenhaus', Friedrich-Wilhelmsplatz.

Sterbetafel.

Berlin. Am 6. d. Mts. verstarb unser Mitglied, die Steppern Fräulein Frieda Just, 26 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Verfammlungskalender.

- Wolfsb. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Augsburg. Samstag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Göthen. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Dessau. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Dortmund. Samstag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Düsseldorf. Samstag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Erlangen. Samstag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Essen-Muhl. Samstag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Grünberg. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Kalle. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Kaiserlautern. Samstag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Leipzig. Meißnerartikelfabrikanten: Freitag, den 28. März; Geschirre- und Wagenbranche: Sonnabend, den 29. März.
Magdeburg. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Mülheim-Nuhr. Sonntag, den 29. März, abends 9 Uhr.
Sölingen. Sonntag, den 30. März, vormittags 10 1/2 Uhr.
Stettin. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Uetersen. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Varel. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.
Verban. Sonnabend, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr.

Anzeigen

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgenossen Deutschlands, E. G. 64 in Berlin.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, den 10. April cr., in allen Verwaltungsstellen außerordentliche Mitgliederversammlungen stattfinden.

Wir ersuchen die Mitglieder, recht zahlreich in diesen Versammlungen zu erscheinen und insbesondere die Nr. 13 unseres Verbandsorgans am 28. März genau zu beachten.

Besondere Einladungen per Karte erfolgen zu diesen Versammlungen nicht.

Berlin, den 14. März 1913.

Der Vorstand. Wilhelm Giese, Vorsitzender.

Gute Belohnung

wird demjenigen zugesichert, der einer Fabrik, welche einen jährlichen Anfall von ca. 200 Pfr. Isogarer oder chromarer Lederabfälle hat, eine rentable Ausnützung derselben nachweist.

Gesucht.

Koffermacher für Kolzoffer. J. Fechner, 19 Rue de Lausanne, in Genf (Schweiz).

Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung! Jugend-Abteilung.

Sonnabend, den 29. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15,

Versammlung.

Vortrag über: 'Die Wiedergeburt Deutschlands'.

Das volljährige Erscheinen der jugendlichen Kollegen erwartet

Der Jugend-Ausschuß.

Mehrere tüchtig. Kofferattler

auf größere Rohr- und Vulkanfaser-Plattenkoffer.

einige Tischner

auf Leder- und Kunstlederartikel sofort gesucht. Nur perfekte, eingearbeitete Leute wollen sich melden bei

C. Lohmann, Superba-Werke, Bielefeld.

1 tüchtiger Sattler

der auf Geschirre und Wagen oder auf Koffer eingearbeitet ist, findet dauernde Stellung.

F. Götz Nachf., Baden-Baden, Reintgr. 10.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingelchrabene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 4. Quartals 1912.

Einnahmen		Ausgaben	
An Ueberschüssen gingen ein:		An Zuschüssen nach:	
Mt.	St.	Mt.	St.
Altona	100	Vom	50
Barmen	200	Bürgel	200
Bremen	300	Brieg	500
Bonn	200	Cassel	200
Bieber	400	Düffeldorf	150
Bergen	600	Fechenheim	200
Braunschweig	150	Gera	100
Buchholz	100	Haina	100
Vielefeld	100	M.-Glabbach	400
Chebnitz	100	Nürnberg	200
Dresden	800	Forzheim	100
Düffeldorf	150	Neutlingen	200
Erlangen	300	Regensburg	200
Esslingen	95	Rembrüden	250
Frankfurt	150	Stuttgart	500
Freiburg	300	Für Krankenunterstütz. an Mitgl.	
Fechenheim	300	1. Klasse nach § 10 Abz. 2	165
Gotha	100	2. " " " " " 2	54
Grünstadt	150	3. " " " " " 2	726
Hamburg	400	1. " " " " " 1	188
Halle	350	3. " " " " " 1	208
Hausen	300	Stur- und Verpflegungskosten	
Hagen	100	im Krankenhaus	87
Hannau	100	Beerdigungsgeld 1. Klasse	110
Jügesheim	100	ärztliche Behandlung	101
Kirchheimbolanden	100	Arznei	49
Keveloer	400	Bruchbänder	4
Karlstraße	200	Brillen	1
Kandel	100	Heilmittel	37
Leipzig	4000	Porto des Vorfingenden	44
Lahr	500	des Kassierers	68
Mühlheim	400	Schreibmaterial	10
Neu-Ruppin	100	Verdienenes	64
Neu-Zienburg	100	Eisenbahnfahrt z. Spezialort	25
Offenbach	800	Zinrate in der Buchbinder-	
Obertshausen	400	Zeitung pro 2. u. 3. Quartal	373
Rumpenheim	200	Zinrate in der Sattler- und	
Stuttgart	600	Portefeuller-Zeitung pro 3.	
Schleiz	150	Quartal 1912	39
Ulm	50	10 000 Forml. V u. VI drucken	103
Wärzburg	100	1800 Statuten drucken	139
An Zinsen der Hypotheken	1190	650 000 Liniungsmarten	191
der Wertpapiere	2391	833 Mitgliedsbücher binden	79
der Sparlohnbücher	889	Feuerversicherung	55
Winder-Kurs bei Kauf von		Versicherung gegen Diebstahl	27
Wertpapieren	1183	Verwaltung von Depositen	43
Estrafen	1	Beitrag zum Verband freier	
Steuerverlust	37	Krankentassen	54
Verchiedenes	—	Revision der Hauptkasse für	
verlorene Marken	5	den Ausschuh	6
Eintrittsgelder einzelntestehender		Entschädigung der Revisoren	
Mitglieder	4	bei Abrechnung des 3. Qu. 1912	3
Steuern I. Klasse	417	Entschädigung des Ausschusses	
II.	292	f. d. Zeit v. 1. 7. 12. - 30. 6. 13	25
III.	1211	Gehalt des Vorfingenden	725
Extrasteuern	84	des Kassierers	625
		des Schriftführers	15
		der Beisitzer und des	
		stellvertret. Vorfingenden	75
		Beitrag z. Unterst.-Vereinigung	18
		Beitrag zur Inv.-Versicherung	4
		Mietzins pro 4. Quartal	189
			88
Kassenbestand nach Abrechnung des			
3. Quartals 1912	292539	Summa	8088
Summa	818798	St.	28

Sitzung:

Einnahme	818 793,88 Mt.
Ausgabe	8 038,28
Kassenbestand	806 755,60 Mt.

Für die Richtigkeit:

Leipzig, den 7. März 1913.

Die Revisoren:
D. Kreyßmar. A. Schröter.

Der Kassierer:
B. Städter.

An Krankengeld wurde ausgezahlt:	Medizin und ärztliche Behandlung		Vorhandene Fonds	
	Mt.	St.	Mt.	St.
Anden	230	50	12	45
Altenburg	84	—	—	—
Annaberg	270	—	12	25
Angsburg	186	75	—	—
Altona (Elbe)	—	—	18	50
Barmen	46	—	12	55
Berlin	6007	40	716	50
Bremen	103	—	27	32
Bonn	358	45	3	—
Bieber	689	80	18	57
Bürgel	965	50	21	12
Bergen	120	50	133	29
Braunschweig	41	75	28	03
Buchholz	64	—	54	85
Breslau	130	—	115	25
Vielefeld	110	—	—	—
Brieg	575	50	24	37
Bischofsheim	142	25	5	30
Chebnitz	248	—	—	—
Cassel	434	48	85	70
Dresden	1039	—	111	92
Dülmen	341	50	—	—
Dortmund	142	—	12	38
Düffeldorf	834	25	7	40
Eberfeld	204	—	6	85
Erlangen	100	50	—	—
Essen (Ruhr)	156	40	—	—
Esslingen	39	—	3	—
Erfurt	18	—	—	—
Frankfurt a. M.	768	—	95	87
Freiburg i. S.	221	—	8	10
Freiburg i. B.	81	75	—	—
Fechenheim	609	90	238	40
Häthig	339	—	17	12
Gera	78	75	25	50
Gotha	5	—	13	50
Grünstadt	43	40	—	—
Hamburg	404	25	88	50
Hannover	1137	25	118	50
Halle	250	95	8	81
Hausen	15	—	5	60
Hildesheim	—	—	6	—
Hagen	200	25	—	—
Hannau	109	50	7	05
Heilbronn	284	—	—	—
Hannau	234	—	—	—
Herrlohn	17	60	—	—
Jügesheim	44	—	—	—
Köln	224	75	28	75
Kirchheimbolanden	92	—	5	48
Keveloer	527	50	4	70
Karlstraße	12	—	18	19
Kandel	44	—	—	—
Klein-Steinheim	40	75	—	—
Konstanz	154	50	—	—
Leipzig	5909	90	120	02
Lahr	216	—	12	30
München	1086	50	135	—
Münz	309	75	6	75
Mannheim	178	75	2	59
Magdeburg	812	25	108	90
M.-Glabbach	497	50	7	40
Mühlheim a. M.	390	15	16	32
Nürnberg	1433	50	84	40
Neu-Ruppin	10	50	5	—
Neu-Zienburg	41	50	9	45
Offenbach	3061	75	165	54
Obertshausen	582	05	39	65
Forzheim	235	25	—	—
Neutlingen	468	80	—	—
Regensburg	666	75	—	—
Rumpenheim	7	—	8	80
Rembrüden	894	—	11	42
Schma	38	—	27	—
Sollingen	18	—	—	—
Stuttgart	2179	35	56	64
Stettin	113	25	17	61
Schleiz	186	—	—	—
Ulm	26	50	9	—
Wiesbaden	84	—	8	05
Wärzburg	101	90	—	—
Zeitz	20	—	—	—
Summa	39505	53	2916	50
			27178	62

* In dieser Gesamtsumme ist das Beerdigungsgeld mit enthalten.

An Beerdigungsgeld wurde ausgezahlt:	
Berlin	600,—
Bieber	80,—
Brieg	80,—
Frankfurt a. M.	110,—
Hannover	140,—
Leipzig	220,—
M.-Glabbach	90,—
Offenbach	410,—
Stuttgart	90,—
Wärzburg	80,—